

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Erscheint jeden Sonntag.

Aboonimentspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Bestellgeld), bei Buseitung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespalte Petzzeile 40 Pf.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstrasse 60

Abooniments-Bestellungen, Anzeigen u. c. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Nummer 51.

Berlin, den 20. Dezember 1908.

9. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

„Kurzlichtige und unpolitische Fanatiker.“ — Dassentliche Arbeitslosenfürsorge in Bayern. — Tarifstreue der Unternehmer. — Ansbach: Arbeiter als Schöffen. Gewerkschaftsleute und neue Steuern. „Aus einer gelben Garnison.“ Die Dirigenten der „Gelben“. Eintragung gefärbten Lohnes. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Münster. Bottrop. Danzig. Dornach. Olberg. Paderborn. Sterkrade. Barmen. Solingen. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Wahlen. — Soziale Rechtsprechung. — Literarisches. — Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Anzeigen.

„Kurzlichtige und unpolitische Fanatiker.“

Mit diesem wenig schmeichelhaften Namen belegt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer Nr. 50 den Begehrder des von der Regierung eingereichten Arbeitskammern-Gesetzentwurfs. Darauf offenbart sich der ganze Hass gegen den Entwurf, der die Schaffung paritätischer, d. h. aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter einem unparitätschen Vorsitzenden zusammengeführter Kammern, vorsieht. Diese Form paßt jedoch der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ und den hinter ihr stehenden Arbeitgeberverbänden nicht, sofern man hier keine Arbeitkammern als die einzige praktische Form bezeichnet und jedem andern Organisationsystem ein „Unannehmbar“ entgegenhält.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 49) hält es für widersinnig, in Arbeitskammern zwei Berufsgruppen mit so kontrastierenden Interessen, wie sie diejenigen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur einmal unter allen Umständen sein müßten (?!), zu einer Interessenvertretung zu vereinigen, und glaubt diesen angeblichen Widerstand besonders durch den Hinweis illustrieren zu können, welche Folgen es haben würde, wenn etwa die Handelskammer und die Landwirtschaftskammer in einer „Volkswirtschaftskammer“ als Interessenvertretung vereinigt würden. Dieser Vergleich hinkt denn doch allzuviel, als daß er tatsächlich einleuchtend zu wirken vermöchte. Mag die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ von einer Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch so gering denken, so muß sie selbst doch später zugeben, daß zwischen beiden gleichwohl insofern gemeinsame Interessen vorhanden sind, als ihnen beiden an der möglichsten Förderung der nationalen Gütererzeugung wie an der des Absatzes der erzeugten Produkte gelegen sein muß. Dieses Gemeinschaftsgefühl wird aber um so stärker sein, wenn in paritätischen Arbeitskammern Arbeitgeber und Arbeitnehmer einmal Gelegenheit gefunden haben, über ihre wahre Interessengemeinschaft dieser nachzudenken und zu größerer Annäherung zu gelangen. Von einer derartigen, auf dem Zusammenarbeiten im Produktionsprozeß sowie beim Absatz angewiesenen Interessengemeinschaft von industriellen Arbeitgebern und Arbeitern kann etwa bei Handels- und Landwirtschaftskammern in keiner Weise die Rede sein. Industrie und Landwirtschaft haben ganz anders geartete Produktionsbedingungen, die einen Vergleich im Sinne einer Übereinstimmung nicht zulassen; und was erst die Verhältnisse des Absatzes anbelangt, so werden sie vielfach direkte Gegner sein. Man denkt nur an die Frage des Schutzzolls, wo die Landwirtschaftskammer immer eine Abhängerin desselben sein, dagegen eine Handelskammer mit einem vorwiegend den Export pflegenden Industriezweig umgekehrt eine direkte Gegnerin sein muß.

In manchen Arbeitgeberkreisen ist man überhaupt deswegen gegen eine Interessenvertretung in Form von Arbeitskammern, weil man befürchtet, in ihnen einen Agitationsschauplatz für die Sozialdemokratie zu schaffen. Diesen Einwand will nun selbst die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ für seine Arbeiterkammern nicht gelten lassen. Zwar meint sie, daß diese Befürchtung etwa für den Anfang sich als stichhaltig erweisen könnte. Mit der Zeit würde jedoch nach ihrer Überzeugung hierin eine Wendung zum Bessern Platz greifen; die Arbeiterkammern würden nach und nach zur Erkenntnis gelangen, daß die unfruchtbare Agitation zu Parteizwecken der Sache der von ihnen vertretenen Arbeiterkreise weit eher hinderlich als förderlich sein würde. Man sollte nun meinen, daß für eine solche Agitation folgerichtig erst recht in paritätischen Arbeitskammern kein Platz sein würde, wo doch immer die Arbeitervertreter mit dem Gegengewicht der Arbeitgebervertreter zu rechnen haben würden. Zudem wird man von der Wohlstandsfähigkeit der Arbeitervertreter erwarten dürfen, daß sie Stätten, die zu einem Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu dienen bestimmt sind, nicht zu einem Tummelplatz von Parteidestrebungen machen werden, die mit der wahren Förderung von Arbeiterschul und Arbeitnehmerinteressen nicht das geringste gemeinjam haben. Die bisherigen Erfahrungen, die man nach dieser Richtung bei den Gewerbegeichten, den Schiedsgerichten der sozialen

Berichterstattung, den Tarifgemeinschaften und deren Schiedskommissionen gemacht hat, geben auch zu einer Befürchtung, die Arbeitskammern könnten in erster Linie in den Dienst der sozialdemokratischen Parteiajitation eingespannt werden, unseres Erachtens durchaus keine Veranlassung.

Für die Wahl des in der Arbeitskammerfrage einzuschlagenden Weges ist es von nicht geringer Bedeutung, daß sich hier die Scharfmacher von oben und die Scharfmacher von unten — oder wie man will, von links und rechts — einmal wieder begegnen. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ als Wortführerin der Arbeitgeberverbände hält in ihrem Artikel auch am Schluß an ihrem „Unannehmbar“ fest. „... Deshalb sind wir gezwungen, im Namen der Arbeitgeberchaft gegen den Entwurf für ein Arbeitskammergesetz entschieden Protest einzulegen.“ Und nicht minder energisch erklärt ihre Antipodein, das „Korrespondenzblatt“ (Nr. 49) der Generalkommission der sogenannten „freien“ Gewerkschaften: „Der neue Entwurf wird ebenso wenig Freunde finden als seine Vorgänger... Arbeitskammern, die nur dazu dienen, die wahre Meinung der Arbeiter zu verschleiern und zu täuschen, sind keine Vertretung, sondern eine Gefahr für die Arbeiterklasse.“ Diese Stellungnahme des Organs der sozialdemokratischen Gewerkschaften braucht man nun weniger tragisch zu nehmen. Würde es doch der ganzen Vergangenheit der mit der Partei in Reih und Glied einhermarschierenden sozialdemokratischen Gewerkschaften direkt ins Gesicht schlagen, wenn diese tatsächlich einmal einem Regierungsentwurf von vornherein eine gute Note geben wollten bzw. etwas Brauchbares an ihm entdecken würden. Jedenfalls wird der augenblickliche Widerstand gegen die von der Regierung vorgeschlagenen Arbeitskammern die Gewerkschaften später, wenn sie zustande gekommen sein sollten, nicht hindern, sich an den Wahlen zu denselben zu beteiligen und in den Kammern mitzuwirken, wie sie es ja heute auch in den Selbstverwaltungskörpern unserer sozialen Gesellschaft zu tun pflegen, obwohl auch diese zu Anfang nichts taugen oder gar arbeiterfeindlichen Beweggründen entsprungen sein sollte.

Die gleich ablehnende Haltung von Scharfmachertum und Sozialdemokratie in der Arbeitskammerfrage gibt unseres Erachtens einen Fingerzeig nach der Richtung hin, daß hier der richtige Weg in der Mitte liegt, daß die von der Regierung vorgeschlagene und den Wünschen der überwiegenden Mehrheit der Sozialpolitiker entsprechende Form die rechte ist. Die Regierungsvorlage gibt, mag man nach dieser oder jener Richtung auch noch begründete Bedenken und Wünsche haben, jedenfalls eine gute Unterlage ab, auf welche der Reichstag ein Arbeitskammergesetz aufbauen kann. Das ist, soweit wir gesehen haben, auch die Ansicht der der deutsch-nationalen Arbeiterbewegung angehörenden und dieser nahestehenden Organisationen, der sich, des sind wir gewiß, auch weite Kreise der Arbeitgeberchaft anschließen, die nicht die Wege der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zu wandeln gewohnt sind!

Öffentliche Arbeitslosenfürsorge in Bayern.

In den letzten Verhandlungen des bayerischen Landtages war das Problem der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge Gegenstand der Beratung. Obwohl diese brennende Frage zu lösen eigentlich Aufgabe der Reichsregierung wäre, dieselbe aber nur sogenanbt an dieses Problem herangeht, so verlangte der bayerische Landtag von der Staatsregierung eine systematische Arbeitslosenfürsorge in die Wege zu leiten. Am 17. November fand auf Veranlassung des Ministers v. Breitreich eine Konferenz in München zur Besprechung dieser Frage statt.

An derselben nahmen Vertreter der christlichen, der sozialdemokratischen und der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, der größeren Städte, der Landwirtschaft, der Gewerbe-, Handels- und Handwerkskammern und der verschiedenen Landtagsfraktionen teil. Die sechs Stunden währenden Verhandlungen gestalteten sich ziemlich kompliziert, und beschrankten sich im wesentlichen auf die Punkte: 1. Ist die Durchführung einer öffentlichen Arbeitslosenfürsorge angezeigt und möglich? 2. Ist es insbesondere Aufgabe der Gemeinden, namentlich der großen Städte, auf diesem Gebiete helfend einzutreten? 3. Auf welche Fälle unfreiwilliger Arbeitslosigkeit soll sich diese Fürsorge erstrecken? 4. Welches System ist bei der Unterstützung zu wählen? — Erstere Frage wurde von drei Seiten verneint — von den Großindustriellen, der Landwirtschaft und den „Gelben“. Seitens der Großindustriellen wurde zwar Arbeitsmangel bestätigt, aber dieser betrafte nur die in jedem Betriebe über das Belegminimum angestellten Arbeiter. Der Vertreter der Landwirtschaft, Baron von Cetto, meinte, Arbeitsgesellschaft sei auf dem Lande genügend vorhanden, somit bestehe kein Arbeitsmangel. Und wenn ein solcher bestehe, so seien die Tarifverträge schuld. Dadurch sei der Unternehmer an tarifmäßige Löhne gebunden,

und könne verselbst bei Zeiten niedergehender Konjunktur den Lohn nicht herabsetzen. Beide Meinungen wurden seitens der anwesenden Arbeitervertreter in ihrer inneren Haltlosigkeit besichtigt. Als dritter im Bunde gegen die öffentliche Arbeitslosenfürsorge entpuppte sich ein „Gelber“, Herr Chatelet aus Augsburg. Er führte aus, daß die „Gelben“ Gegner der Arbeitslosenversicherung seien, weil es für diejenigen, die arbeiten wollten, Arbeitsgelegenheit (!!) gebe. Man müsse es nur mit den Arbeitgebern halten, wie es die „Gelben“ tun, hierzu bemerkte ein angesehener Städtevertreter, in dessen Gemeinde mehr als 6000 „Gelbe“ sich befinden: „Die „Gelben“ nehmen schon etwas, wenn sie es bekommen.“ Also: Jünger haben sie schon, aber sie sind zu feige, es zu sagen.

Beineckenswert ist die Konstatierung des Oberbürgermeisters Kraft-Ludwigshafen und des Dr. Hartmann (Vertreter des Arbeitsamtes München), daß das Heer der Arbeitslosen noch wesentlich vermehrt werde durch die Praxis der Betriebskassen, welche Arbeiter, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, nicht mehr aufnehmen. (Leider wahr.) Gegen die zweite Frage lehnte sich ein großer Teil der anwesenden Städtevertreter auf. Einseitige Belastung der bayerischen Industrie, und noch anderes führte man als Gegengründe an. Nach langem Zögern ließen sie sich doch herbei, die Sache mit in Angriff zu nehmen; nun kam das „Wie“. Da gingen die Meinungen auseinander. Die Arbeitervertreter empfahlen das sogenannte „Genter System“, dem auch die Regierung zuneigte, wonach die Gemeinden Zuschüsse zu den Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften leisten müssen. Dagegen hätten die Städtevertreter aus Misstrauen zu den Gewerkschaften Bedenken und brachten das sogenannte „Werner System“, bei dem eine städtisch geleitete Kasse allen Arbeitern die Gelegenheit zur Versicherung bietet, in Vorschlag. Zur weiteren Klärung dieser Frage wurde eine Kommission zur Vorberatung eingesetzt, deren Resultat innerhalb drei Monaten vorzulegen ist. Interessant war bei Einsetzung der vorberatenden Kommission die Zwitterstellung der „Gelben“. Erst verneinten sie die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, dann aber, sobald sie gesehen, daß sie mit ihren, von ihren Beschützern — den Scharfmachern — eingetragenen Ideen auf ein totes Geleise rangiert wurden, verlangten sie Sitz und Stimme in der vorberatenden Kommission zur Klärstellung des Systems der Arbeitslosenversicherung. Einmütig sträubten sich die Arbeitervertreter dagegen und verneinten die Anerkennung der „Gelben“ als Arbeiterorganisation. Rüffälligerweise versuchten die meisten Städtevertreter, eine Lanze für die „Gelben“ zu brechen. Jedoch die Abstimmung ergab, daß die Gelben keine Vertretung in der Kommission erhalten. — Möge die Angriffsnahme des so schwierigen Problems seitens der bayerischen Staatsregierung vom besten Erfolg begleitet sein und als leuchtendes Beispiel zur Nachahmung den übrigen Staaten, besonders dem gesamten Deutschen Reich dienen.

Tarifstreue der Unternehmer.

Bei der augenblicklichen Stockung im Baugewerbe, so schreibt man uns aus Düsseldorf, gehen vielfach Baugeschäfte dazu über, die Bestimmungen der Tarifverträge zu umgehen, wodurch in der Arbeiterschaft eine große Erbitterung erzeugt wird. Es gefiehlt dies trotz Beschwerde der Arbeiterorganisationen, ebenfalls auch trotz Aufforderung der Tarifinstanzen, Schlichtungskommissionen usw. Am häufigsten tritt diese Erscheinung im Fliesenlegergewerbe auf. Kürzlich nahm die Tarifüberwachungskommission des Fliesenlegertariffs (dieser Tarif ist als Bezirkstarif für Rheinland und Westfalen in diesem Sommer nach einem dreizehntägigen Streik auf dem Rathaus zu Köln nach zehntägiger mühevoller Verhandlung zum Abschluß gebracht worden) zu dieser Angelegenheit Stellung. Mehrere Firmen haben in letzter Zeit die Bestimmungen des Vertrages durchbrochen und u. a. den Fliesenlegern niedrigere Löhne aufgezwungen, die Arbeiten ausschließlich an sogenannte Schuhmeister übergeben, was laut Vertrag nur in besonders dringenden Ausnahmefällen gestattet ist. Statt die einheimischen Fliesenlegern zu beschäftigen, werden auswärtige herangezogen, trotzdem bei Abschluß des Vertrages prototypisch festgelegt wurde, daß, solange einheimische Arbeiter zur Verfügung stehen, dieselben bevorzugt werden müssen. Die Schiedskommission erkannte einstimmig die erwähnten Klagen der Tarifvertragsungen als berechtigt an, den betreffenden Arbeitgebern wurde mitgeteilt, daß die Tarifbestimmungen für die Zukunft einzuhalten seien. Darauf hat die Firma Voß u. Co. unter dem 31. Oktober an den Vorsitzenden der Unternehmerorganisation geantwortet: „Herrn Paul Ditz, in Firma Opderbecke u. Seele Düsseldorf.

Soeben empfingen wir das Protokoll der Sitzung der Schlichtungskommission vom 28. Oktober, zu deren Beschlüssen wir unsere Stellung wie folgt darlegen. Ganz 1. In der Sitzung der Tarifkommission vom 4. April 1907 haben wir uns ausdrücklich das Recht vorbehalten, großz

Arbeiten durch nichtorganisierte Fliesenleger zu billigen Preisen ausführen zu lassen. Da die Herren Conipes u. Wolf an dieser Sitzung teilgenommen haben, verstehen wir es tatsächlich nicht, wie dieselben dem gesuchten Beschluss ihre Zustimmung geben könnten.

Punkt 2. Die Entscheidung, ob eine Firma ihre Arbeiten an einen Unternehmer oder Grosschenmeister vergibt, oder dieselben durch die organisierten Fliesenleger direkt ausführen lässt, muss einzigt und allein dem Ernennen der Arbeitgeber anheimgegeben werden, solange dieselben die im Tarif vorgesehenen Preise bezahlen.

Punkt 3. Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, von welchem wir auch unter keinen Umständen abgehen werden, hinsichtlich der Einsetzung von Arbeitskräften nach freiem Erneissen handeln zu können, wobei nur das Geschäftsintereße für uns ausschlaggebend sein kann.

Wir bedauern daher, auf die gesuchten Beschlüsse keinerlei Rücksicht nehmen zu können und erklären ausdrücklich, daß, falls von der jeweiligen Seite der Versuch unternommen werden sollte, von den Beschlüssen, in denen wir eine Beschränkung unserer Bewegungsfreiheit erblicken müssen, Geltung zu verschaffen, dies für uns die Veranlassung sein würde, der Frage näher zu treten, ob wir unter solchen Umständen noch länger dem Arbeitgeberhunde angehören können.

Hochachtungsvoll
gez.: Friedrich v. o. Co.
vpa Meyer."

Also lediglich das Geschäftsintereße ist maßgebend. Der Tarif ist Nebensache. Ja, zu was schlecht man denn Tarife ab? Durch solche Stellungnahme werden andere taristreue einheimische Firmen doch geschädigt. Hier fehlt es an Arbeitsgelegenheit, nach außen wird sie vergeben. Es ist zu bedauern, daß seitens mancher Unternehmer so das Vertrauen zu den Tarifverträgen erschüttert wird.

Es sind aber der Arbeiterorganisation Fälle genug bekannt, daß man die schlechte Konjunktur auf Kosten der Arbeiter auszunützen sucht. Ob man in Arbeitgeberkreisen nicht bedenkt, daß die Medaille auch eine Reversseite hat? Denfalls hat man sich dann aber das Recht verscherzt, über tarifstrügige Arbeiter zu reden. Diese Vorwürfe beweisen aufs neue, daß es an der Zeit ist, den Tarifverträgen gesetzlichen Schutz anzudeihen zu lassen.

Rundschau.

Arbeiter als Schöffen. Einen überaus nennenswerten Erfolg hat das Kartell der christl. Gewerkschaften von Hannover und Umgegend zurzeit zu verzeichnen. Nachdem im Frühjahr d. J. in einer Eingabe an die zuständige Behörde der berechtigte Wunsch geäußert wurde, man möge aus den Reihen der "Arbeiterschaft" auch "Schöffen und Geschworene" ernennen, hat die Behörde dieser Eingabe gegenüber insofern Entgegenkommen bewiebt, daß sie eben Männer aus Arbeiterkreisen laut amtlicher Zusstellung als Hauptschöffen für das Geschäftsjahr 1909 am hiesigen Schöffengericht ernannt sind. Jeder dieser Ernannten hat jüngst im Jahre als Schöffe zu fungieren. Dieses ist gewiß ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur "Gleichberechtigung des Arbeitstandes", welches von Seiten der christl. Arbeiterschaft, sowie von allen Freunden derselben fordert wird. Ferner besteht dieser Erfolg der christl. Arbeiterschaft, daß sie auf dem richtigen Wege markiert, um ihr Ziel zu erreichen. Nicht im "Riedertheater" sieht dieselbe ihr Ziel, sondern im schriftlichen "Aufbauer" versucht sie die Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaftsordnung einzureihen. Nur durch praktische Gegenwartsaarbeit wird dieses zu erreichen sein.

Gewerkschaftsbeiträge und neue Steuern. Zur Begründung der neuen Steuern, die jetzt kommen sollen, müssen die wundervollen Dinge gehalten; so auch die Gewerkschaftsbeiträge. Die Arbeit, die Gewerkschaftsbeiträge zu bezahlen, können auch höhere Steuern entrichten, so hört man aus den Reihen der ohnehin Bessergestellten, die die jetzige Mehrbelastung der breiten Volksmassen, und das sind die Kersten, aufzuhalten möchten. Eine sonderbare Logik! Die Arbeiter zahlen ihre Beiträge doch nicht aus Überfluss, oder weil sie nicht würsten, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollen, sondern nur aus einer bitteren Notwendigkeit heraus. Um ihre unerträgliche wirtschaftliche Lage zu verbessern, müßten und müssen sie heute noch sich auch noch dieses Opfer aufzulegen, und sich die Beiträge vom Munde abdrehen. Und wenn sie sich dann ein höheres Einkommen damit erkämpft haben, dann trifft heute schon die höhere Besteuerung ein, wie das die steigende Zahl der Zensiten bei der preußischen Einwohnersteuer folgend beweist. Aber das führt die Arbeiter den "Larus" einer Standesorganisation überhaupt leisten, in den Augen jener Leute ein Verbrechen. Der Stob hat zu arbeiten und zu zahlen, weitere Rechte stehen ihm nicht zu. Auch die "Kreis-Zeitung" bewegt sich in diesen Rahmen, und nimmt es der "Sozialen Krise" sehr übel, daß diese den Gewerkschaften beispielhaft und eine derartige Verteilung der neuen Steuern als nicht stichhaltig zurückweist. Das Stob fragt, was die Unterstützungen der Gewerkschaften zu bedeuten hätten gegenüber Einkommen, Schulgeldsachet u. u. Da kann doch zunächst zu betreut, was die Arbeiter für Werte für die Gemeinschaft geschaffen haben, wofür ihnen eine gerechte Entlohnung vorzuhalten wurde. Und dagegen das andere, die Sozialreform und so weiter, als Gegenleistung. Wir glauben, daß die Arbeiter besser abscheiden würden wie jene Tugendäusse, die das von der christlichen Kunst umfassende Zusammengearbeitete in Tagedieken und Schwelgen darbringen, und dazu noch die Angehörigen der anderen Schule mit ihrem Gott beschwagen, indem jene zur Heilung ihrer Seele herbeiziehen müssen. Dann aber auch heißt das Stob an die "Kreis-Zeitung" denken sollen, was denn die Angst vor der Gefährlichkeit des Volkes durch Christus als Klingender Künze bezieht. Wozu haben wir denn die "Kreis-Zeitung" heilig werdet, angeführt? Und die christliche Kanzel gegen Christen und deren Standesorganisationen angeklagt des verbündeten Raubes an den Taschen des Volkes und der 100 Millionen durch das Monopolmonopol, die den Großunternehmen in die Tasche stecken sollen. Es geht nicht über die Unsergnosieheit eitelischer Tümer.

Was diese gelben Berichte? Unter diesem Titel hatte das Organ jüdischer katholischer Arbeitervereine, "Der Arbeiter" in Hannover, im heutigen Druckjahr einen Artikel gebracht, der sich im Laufe einer Besprechung des "gelben" Arbeitervereins von West-Augsburg mit diesen Organisationen in sozialem Sinn beschäftigte. Sachbeschreiber ward den gelben Gewerkschaften durch die Abmahnung vom Unternehmer und die sozialen Gewerkschaften krispisch bestimmt worden. Damit diesen Artikel prüfte sich der Arbeiterverein bei gelben Gewerkschaften und West-Augsburg auf und wollte nun seine Reaktion bei "Arbeiter", "Sozialer", "Kreis", welche am 4. November

zum ersten vor dem Schöffengericht in Augsburg in sechsstündigiger Verhandlung zum Ausdruck kam und mit der Verurteilung des verklagten Redakteurs zu 20 Pf. Geldstrafe wegen formaler Beleidigung endete. Zu Beginn der Verhandlung gab Redakteur Gastgeber eine längere Erklärung ab, in der er vor allem den prinzipiellen Gegensatz zwischen der selbständigen, christlichen Arbeiterbewegung und der unselbständigen, sogenannten gelben Bewegung präzisierte, welch letztere von der Gunst der Arbeitgeber abhängig sei. "Wir bekämpfen die Gelben, weil sie sich den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessenbestrebungen der Arbeiterschaft nur hindernd in den Weg stellen. In dieser prinzipiellen Verurteilung der „gelben“ Arbeitervereine mit gewerkschaftlichen Redenbezügen wissen wir uns einig mit sämtlichen Arbeiter- und Angestelltenkoalitionen, mit den politischen Parteien aller Schattierungen einschließlich den liberalen, so weit deren Anhänger sich nicht dem Großindustriellenliberalismus zuzählen und ein persönliches Interesse am gelben Erkläruungen haben." Interessant war die Tatsache, daß die geladenen Zeugen aus dem Lager der verschiedensten politischen Parteien in der sachlichen Beurteilung des inskrinutierten Artikels, so weit dieser Inhalt desselben betrifft, sich vollkommen einig zeigten. Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Dr. Thoma Augsburg, ein Angehöriger der liberalen Partei, definierte die gelben Gewerkschaften als eine Bewegung, die sich in freiwilliger Abhängigkeit vom Unternehmer wirtschaftliche Vorteile zu erringen sucht und dadurch naturgemäß im vornherin in eine Kompromissstellung gegen die selbständigen Organisationen kommt. In gleicher Weise sprach sich Beuge Wernthaler von der sozialdemokratischen Partei aus, indem er den tatsächlichen Beweis für die Arbeiterschaftlichkeit der Gelben dadurch beleuchtete konnte, daß diese statt einer Verkürzung der Arbeitszeit in der Maschinenfabrik Augsburg, welche allen Arbeitern zugute gekommen wäre, mehr "Wohlfahrtsinrichtungen" für die Gelben forderten. Auch die jungen Beamte Lindermaier und Sekretär Karl Eder von dem katholischen Arbeiterverein schlossen sich ganz den Aussführungen der vorwähnten Zeugen an, indem sie insbesondere die Selbständigkeit der gelben Gewerkschaften bestritten, zumal gerichtet erwiesen ist, daß Beuge der Maschinenfabrik Augsburg die schriftlichen Arbeiten für die Werkvereine übernahmen und der formelle Vorsitzende Chatelet, wie Beuge Wernthaler bestand, Dutzende von Schreiben einfach mit seinem Namen zeichnete, ohne von ihrem Inhalte auch nur die geringste Kenntnis zu besitzen. Überdies bewiesen einzelne Fragen des Verteidigers des verklagten Redakteurs, Herrn Rechtsanwalt Kämpf-Wünchingen, daß der Vorstand des Arbeitervereins von Werk Augsburg nicht einmal weiß, was in den Statuten des Vereins steht, als dessen Vorsitzender er sich durch den Artikel im "Arbeiter" beleidigt zu fühlen für notwendig erachtete. Die katholische Beweisführung des Verteidigers Kämpf, daß solche Leute doch beim besten Willen nicht als die selbständigen Leiter der gelben Bewegung angesehen werden könnten, sondern die Sache von ganz anderer Seite dirigiert werde, saud keinen Überprüfung von Seiten des Klägers und löste verständnisvoll die Zustimmung unter den zahlreichen Zuhörern aus. Letzter wurde nach der Vernehmung der genannten vier Zeugen durch Beschluss des Gerichtes und trotz der energischen Vertheidigung des Verteidigers des Redakteurs Gastgeber die Zeugentafte geföhrt und so weiteren vier Zeugen das Wort abgetragen. Den "Gelben" und ihrem Verteidiger kam das allerdings sehr gelegen, denn es war ihnen unangenehm zunutze geworden, als Redakteur Gastgeber den zeugeneidischen Beweis dafür anzutreten sich erbot, daß Mitglieder des gelben Werkvereins beim bischöflichen Ordinariat in Augsburg die Verwahrung eines Geistlichen angestrebt haben, weil dieser für die christlichen Gewerkschaften agierte und die "Gelben" bekämpfte. Nachdem aber Beuge Lindermaier auf Anfrage des Herrn Verteidigers Kämpf eine Aussicht über diesen Punkt nicht mit einem glatten "Nein" beantwortete, sondern sich auf sein Amtsgeheimnis berief, kann man sich schon ohne weitere Zeugen einen Reim auf die gelbe Taktik machen. So viel ist gewiß, — und das bewies allein schon das treffliche Plakat des Herrn Rechtsanwaltes Kämpf — daß die Gelben sich bei diesem Prozeß keine Vorbeeren geholt haben. Wer der moralisch Verurteilte ist, überlassen wir dem Urteil unserer Leser.

Die Dirigenten der „Gelben“. Wie wir dem "Vorwärts" entnehmen, wird seit einiger Zeit in den Versammlungen der reichsten Bergarbeitervereine im Baldenburger Revier gegen den Streit zu zweigen, wie er auch aus dem Statut, in dem er früher als "legtes" Mittel vorgesehen war, entfernt worden ist. Der Grund für dieses Verhalten erklärt sich durch folgenden Brief, den der Generaldirektor der Fürstlich Bleckischen Gruben und Vorsitzende des Vereins der niedersächsischen Grubenbesitzer, Regierungsrat Reinboldff, an den Sekretär der reichstreuen Bergarbeitervereine Herrn Ernst richtete:

Geehrter Herr Ernst!

Im Anschluß an die letzte Unterredung mit Ihnen habe ich mir die Frage der Stellungnahme des Arbeitnehmerbundes zu dem Streit noch einmal im Hinblick auf die im Laufe der Unterhaltung Ihnen erwähnte wirtschaftliche Unterstützung dieses Arbeitnehmerbundes überlegt. Ich bin dabei zu dem Schluß gelangt, daß eine derartige Unterstützung von hier aus nicht in Aussicht genommen werden kann, solange der Verein in den Sitzungen den Streit als zulässige Möglichkeit aufführt und erneut Sie deshalb, nicht nur mit Rücksicht auf eine Unterstützung, sondern im Hinblick auf die Stellungnahme des sicherlich überwiegenden Teiles der Arbeitnehmer zu dem neuen Bunde überhaupt dingend dahin zu rüsten, daß die jetzige, den Streit nicht direkt abwehrende Bestimmung aus Ihren Sitzungen herauskommt und daß ein direkter Beschluß gefasst wird, wonach die Streits grundsätzlich missbilligt und von Seiten des Bundes nicht wahrgenommen werden. Es ist das, wie ich Ihnen ja schon mindestens angedeutet habe, meine Überzeugung nach unbedingt nötig, wenn der Bunde eine andere Befriedigung seitens der Arbeitgeber erlangen will, wie sie die christlichen Gewerkschaften, schließlich auch die hirch-Damerschen Vereine zurzeit haben, was ich im Interesse der Sache für außerordentlich wünschenswert halte.

Hochachtungsvoll ergebenst.

Reinboldff.
So werden die Arbeiterrechte verschadet, und leider gibt es noch rücksichtlose Arbeiter, die sich das bieten lassen. Elstalanter kann nicht mehr werden, was die "Gelben" sind, und wozu sie sich von den Unternehmen gebrauchen lassen. Aufrichtige Deutsche.

Einführung gespannter Zahns. Es kommt häufig vor, daß der Arbeitsschaden gespannt wird, entweder weil der Arbeiter mit seiner Steuer risikantig ist, oder aus anderen Ursachen. Seltener, daß dann die Arbeiter gegen die Pfändung flaggen. In einem solchen Fall hat das Gewerbege richt ein Urteil von allgemeinem Interesse gefällt. Der Arbeiter erhält gegen den Arbeitgeber Klage auf Pfändung des zuverdächtigen Betriebs, weil die Pfändung infolge längerer als terminativer Fälligkeit der Schedera unzulässig gewesen und deshalb die Pfändung nicht zu berücksichtigen gewesen wäre. Das Gewerbege richt hat die Klage abgewiesen, weil es gar nicht darum ankam, ob es sich um zulässige oder unzulässige Beleidigung handelt. Der Arbeitgeber hat keine Beleidigung, die Bedenkgängigkeit einer Pfändung zu prüfen. Es war Sache des Schiedsgerichts, die Pfändung auf zuverdächtigem Wege zu prüfen; den Arbeitgeber geht das nur nichts an.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: die Firma Bensen in Benrath b. Düsseldorf, die Firma Balleuer in Castrop, die Firma Evers in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages. Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk München.

Bilzbiburg. Die hiesige Verwaltungsstelle, im Juli 1906 gegründet, entwickelte sich verhältnismäßig gut, so daß es sich im Frühjahr 1907 möglich war, zu den überaus niedrigen Lohnverhältnissen Stellung zu nehmen. Die Unternehmer wußten, daß die meisten Arbeiter organisiert waren, und so gaben sie den Einfluß der Arbeiter fühlend, eine Lohnhöhung von 4 Pf. pro Stunde zu. Sonach betrug der Lohn für Maurer und Zimmerer 28 Pf. und für Hilfsarbeiter 24 Pf. pro Stunde. Daß diese Lohnsätze kein "ehernes" Gesetz bedeuteten, sondern bei der nächsten Gelegenheit zu erhöhen seien, wollten die Unternehmer nicht glauben. In dieser Ansicht wurden sie bestärkt durch einen Teil unserer Kollegen, welche nach Beendigung der Lohnbewegung des Belegschaftsvertrags müde wurden und dem Verband den Rücken kehrten. Da dem Verband treu gebliebenen Kollegen drängten auf Rücksichtigung des Vertrages, um eine weitere Verbesserung anzubauen. Dies geschah im Februar 1907. Da die Geschäftsstelle im hiesigen Baugewerbe heuer im Frühjahr besonders stark war, so reagierten die Unternehmer überhaupt nicht auf unsere Forderung. Eine Einladung unsererseits, zu einer Verhandlung mit uns zusammenzutreten, ignorierten sie einfach. Stattdessen daß unsere Kollegen nun erst recht zusammengehalten hätten, um bei der nächsten Gelegenheit ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, ließten dieselben unsere Forderungen Nachdruck zu verleihen. Im Spätherbst war ein Aufstieg der Konjunktur bemerkbar. Der Unternehmer Breitenreicher holte sich von auswärts Maurer, denen er einen 15 prozentigen höheren Stundenlohn bezahlte als den vorherigen. Diese unglaubliche Behandlung öffnete doch so manchem unserer fröhlichen Kollegen die Augen und führte ihn zurück zur Organisation. Hierauf wurde unsererseits bestrebt, eine Lohnhöhung bei Br. durchzubringen. Aber umsonst. Die höher entlohnten Männer waren meist sozialdemokratisch organisiert. Ein Streik ohne deren Wohlstand wäre wenig ansichtsvoll gewesen. Somit wurde deren Gauleitung bestrebt, ob sie im äußersten Falle den Sympathiestreit mitmachte. Die Antwort war eine bejahende. Somit konnten wir etwas leichter, trotz vorgeträgter Fahrtzeit, den Kampf riskieren. Am 2. November wurde die Haupsperrre über Br. verhängt. Schon schienen uns die Elemente zu fassen, auch die unorganisierten Maurer und Zimmerer vom Lande begannen die verlassenen Arbeitsplätze zu besetzen, aber Ausdauer und Willen unserer Kollegen, die meisten Arbeitswilligen von ihrem schändlichen Treiben zu überzeugen, ließen in weiten Kreisen und auch Unternehmerkreisen eine andere Meinung über die Organisation aufkommen, als sie sich ursprünglich gebildet hatten. Am 23. November fand erneut unter dem Vorsitz des Herrn Bezirksamtmannes eine Verhandlung statt, wozu sämtliche Unternehmer eingeladen waren. Die Unternehmer erkannten zwar die Berechtigung unserer Forderungen an, aber in Wirklichkeit auf die Bürgerschaft müßten sie dieselben ablehnen. Dieselben gaben uns den Rat, eine öffentliche Bürgerversammlung einzuberufen und diese zu fragen, ob sie unsere Forderungen anerkennt oder nicht. Der Schlusseffekt war, daß die Unternehmer sich doch noch von den Vorteilen des Tarifvertrages überzeugen ließen und befürchteten eine Weiberholzung von Haupsperrre in nächster Zeit, und so vereinbarten sie mit uns einen Tarifvertrag für das Jahr 1909 mit einer Lohnhöhung von 4 Pf. pro Stunde, d. h. für Maurer und Zimmerer 32 Pf., und für Hilfsarbeiter 28 Pf., für Überstunden 25, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Aufschlag. Die Haupsperrre wurde aufgehoben, nachdem sich Br. herbeileit, zur Fertigstellung der angefangenen Arbeiten Arbeiter, die vor der Haupsperrre bei ihm beschäftigt waren, wieder zu beschäftigen und denselben bis Inkrafttreten des neuen Tarifes eine Lohnhöhung von 2 Pf. zu gewähren.

Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstage morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Erfolge der Hausagituation.

Bei der Hausagitation in Ibbenbüren wurden 5 Kollegen gewonnen.

Stukkature.

Münster (Westfalen). Am 6. Dezember fand eine gutbesuchte Versammlung statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete Kollege Niele den Kartellbericht, welcher allgemein mit Beifall aufgenommen wurde. Sodann wurde vom Kollegen Ombrück Bericht über die Tarifverhandlungen erstattet. Er hob hervor, daß in allen Punkten eine Einigung erzielt worden sei bis auf die Auslösungsfrage. Nach dem Antrage des Unternehmers sollte dieselbe lauten: Die Auslösung unterliegt den freien Vereinbarungen, es kann von Seiten der Gewerkschaft bis zu 1,50 Pf. gefordert werden. Darauf wollten die Kollegen nicht eingehen. Im letzten Sommer haben wir zur Genüge gesehen, was uns die freie Vereinbarung gebracht hat. Von den Kollegen, die nach auswärts gegangen sind, haben wir wenige eine Zulage bekommen, die übrigen überhaupt nichts. Nach reger Diskussion wurde dann auf Antrag eines Kollegen einstimmig beschlossen, die Sache vom Einigungsamtsregal zu lassen, sobald dasselbe für die Stoffkästen gebildet sei. In Punkt Verschiedenes wurde dann von Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß wenn ein Kollege länger als sechs Tage arbeitslos sei, er sich dann sofort selber in der Krankenkasse weiter versichern solle, damit seine vollen Rechte nicht verloren gehen. Ferner wurde ebenfalls darauf hingewiesen, daß nur diejenigen Kollegen Anspruch auf Unterstützung seitens des Verbandes haben, die ihren vollen Verpflichtungen nachgekommen sind.

Maurer.

Dortrop. (Christlicher Terrorismus.) Der Grundstein (Nr. 49) ließ sich aus Essen folgendes berichten.

Neben christlichen Terrorismus in der Fabrikstille Dortmund wird uns folgendes bekannt: Vier italienische Mitglieder unseres Verbandes arbeiteten bei der Firma Peter Böslächer aus Münster und wurden von dieser Firma nach einem Bau in Dortmund gesucht. Als sie am 10. November dort antraten, wurden sie vom christlichen Baudilegierter nach ihrem Organisationsverhältnis gefragt. Sie gaben zur Antwort, daß sie im Zentralverband stehen. Ah, dann seid ihr Sozialdemokraten! meinte der christliche Delegierte. Nicht gerade Sozialdemokraten, aber wir haben doch schon etwas Ahnung, gaben die italienischen Kollegen vorwichtig zur Antwort; sie möchten wohl schon etwas über die Leistungen der Christen auf dem Gebiet der Denunziation gehört haben und wollten sich jedenfalls nicht gern ausweisen lassen. Na, meinte der Delegierte, dann sollten sie nur ihre Bücher mitbringen, daß mit er sahe, ob sie Sozialdemokraten wären. Sie müssten in den christlichen Verband eintreten. Eigentlich seien ja beide Verbände gleich, nur seien im sozialdemokratischen Verband lauter Böcher, im christlichen aber lauter Männer. Am 14. November fragten zwei deutsche Maurer um Arbeit an, die so gar keinen christlichen

Gindruk möchten. Ihre niederdeutsche Sprache verriet sie. Sie wurden abgewiesen und als sie fort waren, sagte der Bauführer, Hamburger stelle er nicht ein. Die christlichen Maurer unterhielten sich schmunzelnd darüber, da war der eine italienische Kollege dazwischen: Wir Arbeiter sind alle Brüder! Darauf fuhren die Christen in die Höhe und der Delegierte rief in heiligem Born: Nun sieht man, daß ihr Sozialdemokraten seid! Die Lunge der Italiener wurde nun so bedientlich, daß sie sich entschlossen, aufzuhören. Freilich, wer die Solidarität aller Arbeiter bejubt, der kann nur Sozialdemokrat sein, wenigstens ist bei den Christlichen kein Platz für ihn."

Von den Sozialdemokraten zu verlangen, daß sie bei der Wahrheit bleiben sollen, hieße Unmögliches von denselben fordern. Eine kurze Wichtigstellung nur soll das Geheimnis erfahren. An der ganzen Sache ist nur das eine wahr, daß die Italiener gefragt wurden nach der Zugehörigkeit zur Organisation (oder ist das nur den Herren vom „freien“ Verband gestattet?) und daß sie ihre Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Verband mit ihren Verbandsbüchern beweisen sollten. Weiter sind die Italiener nicht „belästigt“ worden. Montags darauf haben dieselben schon aufgehört; zwei gaben vor, nach der Heimat zu reisen, und die anderen zwei behaupteten, kein passendes Logis zu bekommen. Einmal sind die Italiener allerdings gründlich zur Rechtsgewissen worden, da sie sich bodenlos gemeiner Ausdrücke einer vorübergehenden Beerdigung gegenüber bedienten und dadurch das Pietätsgesühl der christlichen Arbeiter schwer verletzt. Dabei ist allerdings der Ausdruck gefallen: Man sieht, daß ihr Sozialdemokraten seid. Wenn von den „niederdeutschen“ Maurern gesagt wird, daß sie „gar keinen christlichen Eindruck machen“, so müssen wir annehmen, daß der „Grundstein“ damit den richtigen Ausdruck gefunden hat. Was diese Leute verdienen sagen, sie meistens in Alkohol um; ihre ganze „Ganinitur“ besteht in der „Maurerkunst“, die Werktag wie Sonntags getragen wird. Sie geben damit dem Straßebild an Sonntagen manchmal ein eigenartiges Gepräge; zur Verschönerung des Straßebildes tragen sie sicher nicht bei, zur Hebung der Achtung vor dem Arbeiterland ist dies Benehmen auch nicht geeignet. Was nun die betr. „zwei deutschen Maurer“ anbelangt, so sind sie lediglich deshalb nicht eingestellt worden, weil keine Arbeit vorhanden war.

So zerlunt auch dieser „christliche“ Terrorismus muss wie Nebel vor der Sonne. Wir verstehen ja das kampfhafte Gemüth, der wahre christliche Terrorismus sollte zu konstruieren. Sie sollen gleichsam als Nachfertigung für den sozialdemokratischen Terrorismus dienen.

In Nr. 45 des Grundstein ist ferner noch berichtet worden, die christlichen Bauarbeiter in Bottrop hätten den sozialdemokratischen Maurerverband das Versammlungsslot abgetreten. Auch diese Behauptung ist eine Lüge. Die Sache liegt so, daß der sozialdemokratische Verband ein Portal für eine Versammlung gemietet hat, wobei dem Wirt vorgeschwindelt worden ist, es handelt sich um eine Versammlung des christlichen Bauarbeiterverbandes. Als der Wirt dann die Wahrheit erfahren hat, ist diesen „harmlosen“ das Portal entzogen worden. Also bleibe man in Zukunft ehrlich und schene man sich nicht Farbe zu bekennen.

Danzig, den 7. Dezember. (Eine abgeklärte Verbindung.) Auf alle Angriffe und Verleumdungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu antworten, ist nicht meine Art, auch ist mir die Zeit und der Raum der „Baugewerkschaft“ zu knapp dafür. Unsere Mitglieder wissen ohnehin, was sie von den Schreibvereinen der „Genossen“ zu halten haben. Außerdem ist Genosse Grünhagen wegen Bedrohung unserer Ortschauer Kollegen zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden, die Beleidigungen gegen mich werden noch ihre Stunde finden. In welch leichtfertiger, ja frivoler Weise der Genosse Grünhagen mit Behauptungen in die Welt tritt, dafür ein neuer Beweis. Ich greife ihn aus dem Wut von Verdächtigungen und Verleumdungen heraus, um damit das ganze System der Genossen zu kennzeichnen. In Nr. 48 des „Grundstein“ teilt Grünhagen mit, ich hätte den Polier von der Firma Lauermann aus Berlin bei seinem Enttreffen am bisherigen Bahnhof in Empfang genommen und ihm Vente unseres Verbands angeboten. Der Polier habe das abgewiesen, er soll dem „Christen“, da ihn ein derartiges Gebaren jedenfalls angeseelt habe, geantwortet haben, ihn ginge die Organisationszugehörigkeit nichts an, er stelle ein, wer ihm geeignet erscheine. Der Müller habe infolge dieser trefflichen Antwort wie ein begossener蒲del abziehen müssen. Solvi Worte, soviel Ecken, und dergleichen redete Grünhagen seinen Mitgliedern am 29. November in Euchel vor, um mit dieser „Schlechtigkeit“ seinen Mitgliedern von unserem Verbande abzurechen. Der „Grundstein“ hat nun eine Berichtigung bringen müssen, da an dem ganzen Vorgang kein wahres Wort ist. Und mit solchen Worten muß man sich herumzulügen. H. M.

Dornach (El.). Am 21. November fand hier eine Versammlung der Bauarbeiter statt, in der Kollege Heurich über die augenblickliche Lage im Baugewerbe speziell für Mühlhausen und Umgebung referierte. Nach dem Referat war es jedem Kollegen klar, daß jeder fest zum Verband halten muß, wenn nicht das Errungen verloren gehen soll. Es wurde eine Bahlstelle gegründet und folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Mojer, Vorsitzender, Stilz, zweiter Vorsitzender, Hitter, Kassierer, Bergs, Schriftführer. Wie die Ortsgruppe gedenken zum Besten der Kollegen.

Olsberg. Unsere diesjährige Generalversammlung war gut besucht. Koll. F. Käfer eröffnete den Quartals- und Kassenbericht vom letzten Vierteljahr. Danach hatten wir eine Einnahme für die Zentralkasse 282,35 M., für die Lokalkasse null. Bestand vom 2. Quartal 220,86 M. Die Ausgaben betragen 7,40 M., mithin bleibt Bestand für das nächste Quartal 213,46 M. Der Mitgliederbestand am Schlusse des 2. Quartals war 58. Die Revisoren erklärten die Abrechnung für richtig befunden zu haben und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde den Hauptkassierern auf dessen Antrag eine Vergütung bewilligt von 3 Prozent ihrer Einnahmen, ebenfalls dem Kassierer 2 Prozent. Als Maßstab dienen für denselben die jedesmaligen Einnahmen der Zentralkasse. Dieser Beschluss soll erst statutengemäß dem Hauptvorstande zur Genehmigung unterbreitet werden. Im Laufe der Versammlung war auch unser früherer Bezirksleiter, Koll. Häuschen, erschienen. Derselbe hielt nun einen sehr interessanten Vortrag über unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Derselbe ermahnte am Schlusse noch besonders die Kollegen zum treuen Verhalten an der Organisation und zur Liebe, Eintracht und echter Kollegialität untereinander; ob Maurer, Zimmerer oder Bauhilfsarbeiter, alle müssten ein Herz und eine Seele sein. Nur dann wären sie in stande, allen Stürmen zu trotzen, wohin derselben auch kommen möchten. Welcher Vortrag wurde dem Redner am Schlusse zuteil. Nachdem noch einige andere Angelegenheiten geregelt waren, erhielt das Schluswort Koll. Häuschen. Derselbe machte bekannt, daß die Verwaltungsstelle Olsberg nunmehr endgültig dem Bezirk Paderborn zugeordnet sei. Er dankte den Kollegen der Verwaltungsstelle Olsberg für das ihm bewiesene Vertrauen mit der Mahnung, auch in Zukunft mit dem nummerigen Bezirksleiter Fr. Werner von Paderborn zum Wohl des Verbandes weiterzuarbeiten. In diesem Sinne wünsche er der Verwaltungsstelle Olsberg, daß sie wachsen, blühen und gedeihen möge. Zum Schlusse gedachte unser Vorsitzender Kollege F. Käfer noch mit wenigen Worten der Verdienste, die sich Kollege Häuschen um unsere Verwaltungsstelle erworben hat. Damit schloß die anregende Versammlung.

Paderborn. (Bezirkskonferenz) Am 22. November fand in Lippestadt die diesjährige Bezirkskonferenz für den Bezirk Paderborn statt. Vertreten waren 34 Bahlstellen durch 37 Delegierte. Es fehlten mit Entschuldigung 4 Bahlstellen. Ohne Entschuldigung fehlten Olsberg, Höxter und Paderborn (3) und Körber. Als Vertreter des Kreisvorstandes war Koll. Werner Berlin erschienen. Aus dem Bericht des Bezirksleiters ist fol-

gendes heroverzuheben: Der Bezirk umfasst 42 Bahlstellen mit 2024 Mitgliedern. Der Versammlungsbesuch ließ im allgemeinen zu wünschen übrig. In einigen Orten ist eine Besserung hierin eingetreten. Es wurde schwarz gerichtet, daß einige Bahlstellen nicht den statutarischen Beitrag zahlten. Desgleichen wurde erwähnt, daß die Kostenführung präziser durchgeführt werden müsse, damit die Quartalsabrechnungen plausibel bei der Zentrale eingetragen. Das Bildungsbedürfnis zeigt sich in einzelnen Orten in erstaunlicher Weise, während wieder in anderen Orten nicht das genügende Interesse vorhanden ist. Den sozialen Wahlen wird jetzt mehr Interesse entgegengebracht, als in früherer Zeit. In der Agitation ist manches besser geworden, aber es muß überall mit dem gleichen Eifer weitergearbeitet werden. Neben das Beitragszahlen wurde bemerkt, daß die Extrabeiträge nicht von jedem Kollegen ordnungsmäßig entrichtet sind. Ebenso haben einige Bahlstellen den festgesetzten Winterbeitrag von 10 Pf. pro Woche nicht geleistet. Die Haupttätigkeit des Bezirksleiters war in der umfangreichen Lohnbewegung zu erbliden. Dieselbe hat bei nahe acht Monate in Anspruch genommen. In 28 Bahlstellen wurden Lohnbewegungen geführt. Zum Streit kam es nur an einem Ort, nämlich Lippstadt. Dort hatten die Arbeitgeber den Tarif gebrochen. Nach acht Tagen Kampf bequemten sich die Herren zur Anerkennung des Vertrages. Redner berichtet dann über die Verhandlungen und das Ergebnis. Da dieses den Mitgliedern bekannt ist, brauchen wir es nicht mehr zu erwähnen. Im Vertragsverhältnis stehen zurzeit 23 Bahlstellen, und zwar bis 1909 7 Bahlstellen, bis 1910 16 Bahlstellen. Zugleich die Konjunktur nicht die beste war, sind doch durch Verhandlungen und Schiedssprüche für folgende Orte Verbesserungen erzielt worden:

Ort	Lohnverhöhung	Arbeitszeitverkürzung	für
	Pfg.	Std.	Mitglieder
Lippstadt	3	1/2	57
Bielefeld	5	—	40
Beckum	1	—	238
Paderborn (3)	4	—	36
Soest (3)	3	—	11
Soest (Dithd.)	3	—	6
Lippestadt (3)	3-5	—	20
Detmold	1	—	130
Steinhagen	2-4	1/2	22
Steinheim	2	—	25
Warburg	2	—	10
Scherfede	2	—	15
Reuebeckum (Bauh.)	3-4	—	25

Es sind demnach 715 Kollegen an den Verbesserungen beteiligt. Wie von Seiten mancher Arbeitgeber die Tariftreue aufgezeigt wird, geht aus dem Beispiel von Lippstadt hervor. In Warburg, Scherfede, Steinheim zahlen die Arbeitgeber zwei Pfennig pro Stunde weniger, als vertraglich festgelegt war. In den drei letzten Orten gelang es, ohne Arbeitszeitverkürzung den Vertrag zur Geltung zu bringen. In der Diskussion erklärten sich die Delegierten mit dem Bericht einverstanden. Kollege Meyer gab in lehrreicher Weise Ratschläge und Worte, wie mit den bestehenden Fehlern aufgeräumt werden müsse, damit besonders eine geordnete Regelung in allen Fragen der Organisation eintrete. Die Berichte der Delegierten zeigten von dem Verständnis für die allgemeine Lage und das Beitreten, zu bessern, war überall zu studen. Es wurde beschlossen, recht lebhafte Winteragitation zu treiben, besonders die Hausagitation an erster Stelle vorzunehmen. Betreffs des Winterbeitrags entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde einstimmig beschlossen, für die beitragsreiche Zeit 10 Pf. pro Woche zu zahlen. Dieses Geld verbleibt den Lokalkassen. Es muß für ordnungsmäßige Auslegung dieser Gelder Sorge getragen werden. Dieselben dürfen nur zu gewirtschaftlichen Zwecken verwendet werden. Es steht den Bahlstellen frei, zur Stärkung der Ortsstellen höhere Winterbeiträge und Lokalsatzungen einzuführen. Nachdem noch eine Anzahl Punkte verhandelt worden waren, war die Tagesordnung erledigt. Es wurde den Delegierten anheimgegeben, daß sie Sorge tragen sollen, damit die Abrechnungen für das dritte Quartal pünktlich eingehen, denn es gibt für nächstes Jahr neue Marken. Kollege Werner hielt nun noch einen Rückblick auf die Verhandlungen. Er dankte den Delegierten für die treue Mitarbeit und die einmütig gefassten Weitläufe. Dieselben müssen in die Tat umgesetzt werden, dann wird reichlicher Nutzen den Mitgliedern zuteil und das Ansehen der Organisation wesentlich gefördert und gestärkt. Kollege Meyer hielt zum Schluss eine herzliche Aufforderung an die Delegierten, in der Heimat tatkräftig mitzuwirken an dem Weiterausbau des Verbandes. Mit bereiteten Worten schied er Aufgaben und Ziele der christlichen Gewerkschaften, speziell unseres Verbandes. Er ermahnte zu Opferfreiheit und Hingabe für unsere gute und gerechte Sache. Lasst uns gemeinsam arbeiten, damit wir dieses Ziel erreichen. Lebhafte Beifall folgte seinen Ausführungen. Hierauf wurde die Konferenz um fünf Uhr nachmittags mit einem begeisterten Hoch auf den Centralverband christlicher Bauarbeiter beginnen müssen, da an dem ganzen Vorgang kein Wort ist. Und mit solchen Worten muß man sich herumzulügen. H. M.

Sterkrade. Sonntag, den 29. November, fand in unserem Verbandslokale bei Lütteherrn in der Lütteherrstraße unsere Generalversammlung statt. Unter anderem wurde auch die Vorstandswahl vorgenommen. Aus derselben gingen folgende Kollegen hervor: B. Heusler als 1. und L. Würtzinger als 2. Vorsitzender, W. Kraus als 1., L. Käfer als 2. Kassierer, F. Ferlemann als 1., Ruth als 2. Schriftführer. Die Kollegen Fritsch und Ries als Revisoren. Die Kollegen U. Firsle, W. Erb und Rappert als Haushaltier. Kollege A. Käffle und Kaspar Köhler als Baudilegierter. Sämtliche Kollegen nahmen ihr Amt an und versprachen, recht eifrig in Dienste der Organisation tätig zu sein. Beim Punkt Verschiedenes appellierte Kollege Kirchner an die Pflichten der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner und forderte zu eifriger Agitation auf.

Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Barmen. Unsere diesjährige Generalversammlung konnte besser besucht sein, da die Kollegen alle durch Karten eingeladen waren und auch das Wetter sich ganz gut zum Versammlungsbefehl eignete. Die Generalversammlung müßte zum mindesten auch die Kollegen, die das ganze Jahr keine Versammlung besuchten, anspornen, diese zu besuchen, um zu erfahren, was denn nun alles im vergangenen Jahre für ihn durch den Verband getan worden ist. Gieber, der einigermaßen formuliert, der macht am Jahresabschluß eine Bilanz, um zu sehen, ob auch etwas übrig bleibt. So muß es aber auch der Gewerkschaft machen, um auf Grund des Resultates sich zu fragen, haben wir gut gearbeitet, oder wir müssen es in Zukunft besser machen. Unsere Tagesordnung war folgende: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Wahl des Vorstandes, 4. Verschiedenes. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß 19 Mitgliederversammlungen, 2 gemeinschaftlich mit den Stuttgartern und Zimmerer abgehalten wurden. Im Winter und Frühjahr beschäftigte man sich in den Versammlungen mit den Forderungen und Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Nach dem Tarifabschluß wurde neben den übrigen geschäftlichen Angelegenheiten stets ein Vortrag gehalten, bis jetzt 7. Die Vorträge erstreckten sich über folgende Gebiete: Industrieversicherung, Gewerbebericht, wirtschaftliche Lage und Konsumwirtschaft, Unfallversicherung, Agitation, Wirtschaftsstritten, Sozialismus. Über das letzte Thema steht noch ein Vortrag in Aussicht. In Neuauflagen sind 109 zu verzeichnen. Nebentritte aus anderen Organisationen 7, augsburgischer Mitglieder 238. Als Vertreter des Kreisvorstandes war Koll. Werner aus Bremen erschienen. Aus dem Bericht des Bezirksleiters ist fol-

Vorstandswahl ergab als 1. Vorsitzenden Kollegen Banger, 2. Vorsitzenden Koll. Käffle, 3. Kassierer Koll. Kunzius, 2. Schriftführer Koll. Schwamborn, 1. Schriftführer Koll. Mr. 2. Schriftführer Koll. Held. Als Vertreter der Kollegen Dräpp und Käffle. Als Revisor die Kollegen Schepp und Böllner. Die Kollegen nahmen die Wahl mit Dank an und versprachen nach besten Kräften auch im kommenden Jahr für unsere gute Sache zu arbeiten, wie es im letzten Jahre geschah ist. — Unter Punkt Verschiedenes wurde noch auf den Besuch des Unterrichtskurses hingewiesen. Da kein Trintzwang herrschte, können jeder Kollege an demselben teilnehmen. Dann wurde noch beantragt, dem Kassierer für seine Mühe eine Vergütung zu bewilligen. Es wurde beschlossen eine Baufallsumme von 25 % dem Kassierer zu bewilligen. Um 5 Uhr wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Anmerkung: Zu der Diskussion über den Jahresbericht wurde ganz besonders der unzulängliche Bauarbeiterfuß in Barmen im Vergleich zu Elberfeld hervorgehoben. In Elberfeld sind Arbeiterkontrolleure ange stellt, was in Barmen nicht ist. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß wir zur Begründung dieser Forderung für Barmen Material sammeln und bitten alle Kollegen, uns in dieser Beziehung zu unterstützen. Alle Verträge gegen die Vorschriften müssen dem Vorstand oder dem Secretariat in Elberfeld, Wilhelmstr. 33, ge meldet werden. Vor allem die am Bau vorkommenden Unfälle (auch geringe), ob auch Verbandszeug dort war, wenn schlechtes Material verarbeitet wird, wenn die Baubuden zur Aufbewahrung von Material dienen, wenn die Gerüste nicht vorschriftsmäßig gebaut sind, wenn die Unfallverhütungsvorschriften nicht ausgehängt sind, wenn die Balken nicht abgedeckt sind, wie oft die Bauten revisiert werden usw. Bedenkt, daß das höchste wirtschaftliche Gut, was wir als Arbeiter haben, geschützt werden muß.

Solingen. (Maurer und Bauhilfsarbeiter.) Die Tagesordnung der Herbstversammlung war sehr umfangreich: 1. Gesamtbericht, 2. Berichte, 3. Anträge, 4. Wahlen, 5. Lokalfrage und 6. Verschiedenes. Unter Geschäftliches wurde darauf hingewiesen, daß jeder Kollege sich einen Tarif zulegen solle. Über die Arbeitsordnung würde jedenfalls auch in Kürze eine Einigung erzielt werden, so daß die endgültige Arbeitsenteilung dem Tarif festgesetzt werden könnte. Sodann gab Kollege Emil Müller den Kassenbericht vom 4. Quartal 1907 und den drei Quartalen von 1908. Danach wurden verkauft 28 Eintrittskarten, Beitragsmarken 111 zu 50 Pf., 191 zu 55 Pf., 956 zu 60 Pf. und 1329 zu 65 Pf., 109 Arbeitslosenmarken, 25 Extra marken zu 50 Pf. und 147 zu 60 Pf., Lokalfondsmarken zu 10 Pf., 247, Agitationsmarken zu 20 Pf. 578. Die Gesamteinnahme für die Verwaltungsstellenkasse betrug 1654,91 M., für die Lokalkasse 237,89 M. Die Ausgaben für die Verwaltungsstelle: für Beamtengehalt 50 M., für Lokalkommissionierung 10 M., für Streitunterstützung 29,30 M. An die Verwaltungsstelle 1564,61 M. Die Ausgaben der Lokalkasse waren folgende: für Hausfassierung 182,55 M., Porte und Schreibmaterial 26,80 M., Matz, Inserrate und Drucksachen 8,46 M., Veräußerung der Lokalverwaltung 14 M., Bibliothek 90 Pf., Unterstützung der Mitglieder in Notfällen 8 M., Kartellbeiträge 27,25 M., an den Sozialen Ausschuß 3,60 M., Gesamtausgabe der Lokalkasse 218,69 M. Within Kassenbestand 19,13 M. Den Tätigkeitsbericht erstattete der 1. Schriftführer, Kollege Geis. Versammlungen fanden im ganzen 22 statt. Davon außerordentliche 4, Generalversammlungen 2, Vorstandssitzungen wurden 4 abgehalten. Der Versammlungsbefragung betrug durchschnittlich 35-40 Prozent der Mitglieder. Im ersten Vierteljahr beschäftigte sich die Bahlstelle mit der Erneuerung des Tarifvertrages. Im zweiten und dritten Quartal wurden Vorträge über folgende Themen gehalten: Gerechter Arbeitslohn, Förderung der Organisation, Die christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben und Bauwirtschaft, Reichsvereinigungsgesetz, Einnahme und Ausgabe des Deutschen Reiches, Steuergeschichte, Urlaube und Ziele, sowie Folgen der wirtschaftlichen Krisis usw. Die Vorträge wurden gehalten von den Kollegen Lange, Bonus, Henning, Klett und Brücker. — Delegierterberichte wurden gegeben: vom Sozialen Ausschuß 10, vom Kartell 7, von Verwaltungsstellen und Bezirkstreffen 3. — Von den Revisoren wurde mitgeteilt, daß die Kassenführung stets in bester Ordnung gewesen sei. Auf Antrag derselben wurde dem Kollegen Müller Entlastung erteilt. Zu der Diskussion wurde hervorgehoben, daß zu wenig Neuaufräumarbeiten gemacht wären. Es liege dieses teils an der schlechten Mitarbeit der Kollegen, die mit Unorganisierten zusammenarbeiten, dann trage aber auch die hinausgeholte Bauhwbewegung die Hauptschuld. Vieles Kollegen hätte die Erledigung der Bauhwbewegung zu lange gedauert. Diese hätten sich dann auf dem Lande Arbeit gesucht und wären nicht zurückgekehrt. Sie waren sich dahin einig, daß im kommenden Frühjahr mit aller Energie die Bauhwbewegung aufgenommen werden müsse. Im allgemeinen ist die Bahlstelle nicht allzu sehr von der Krise betroffen worden. — Der Bibliothekar hob hervor, daß noch Mitglieder entstehene Bücher abzugeben wünschen. Die Benutzung der Bibliothek lasse zu wünschen übrig. — Bezirksleiter Kollege Lange sprach dem Vorstand für das energische Arbeiten in dem verflossenen bewegten Jahre den Dank aus. — Ein Antrag, gestellt vom Kollegen Klett, der besagte, daß diejenigen Mitglieder, die in der Generalversammlung und außerordentlichen Versammlungen unentschuldigt fehlten, mit 50 Pfennig Strafe zu belegen, wurde abgelehnt. Es wurde Koll. Klett anheimgegeben, diesen Antrag vor der Frühjahrsgeneralversammlung erneut, und zwar zeitig einzubringen, damit in der Einladung die Mitglieder auf den Antrag hingewiesen werden können. Ein anderer Antrag, den Centralvorstand möge unverzüglich klarheit über Abrechnung in der „Baugewerkschaft“ bezüglich der Lokalkasse schaffen, fand einstimmige Annahme. — Dann wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Koll. Chr. Müller leitete die Wahl. Es wurden gewählt: Wilhelm Kepler zum 1. Vorsitzenden, F. Klett zum 2. Vorsitzenden, Emil Müller zum Kassierer (alle drei wiedergewählt), zum 2. Kassierer Jakob Mohr, zum 1. Schriftführer Jakob Klein, zum 2. Schriftführer Kaspar Geis, als Revisoren die Kollegen Kaspar Geis und Peter Würges (wiedergewählt). Kollege Geis er

Überfamilie, Mann und Frau. Es fanden Verhandlungen statt, die schließlich zu dem Ergebnis führten, daß die Firma sich bereit erklärte, das Ehepaar wieder einzustellen. Dagegen sollte der Verband die Kosten für den Rücktransport ungarischer Streikbrecher übernehmen; letztere fanden sich bereits unterwegs. Die Verhältnisse lagen so, daß unter den Verhandlungen anwesende zweiter Vorsitzender diese Bedingung übernehmen zu können glaubte, um die Sache für die Arbeiter zu einem einigermaßen befriedigenden Abschluß zu bringen. Das Tragen der Kosten könnten wir um so eher übernehmen, als ja in der Regel bei Lohnstreiken die Organisation die Kosten für Zurückhalten der Arbeitswilligen tragen muß. Ein in das Protokoll seitens der Firma aufgenommener Passus, daß „der Verband sich verpflichtet, gelegentlich der Versprechungen dieser Bewegung in der Presse zum Ausdruck zu bringen, es seien von seiner (Verbands-) Seite Unrichtigkeiten und Uebertreibungen vorgekommen“, fand entstrebenden Widerspruch des zweiten Centralvorstandes. Dieser gab die Erklärung ab, daß an diesem Passus die Verhandlungen scheitern würden. Als am Schluß der Verhandlungen das Protokoll zur Verlesung kam, fand dieser Passus keine Erwähnung mehr, es mußte unsererseits angenommen werden, daß also dem Protest stattgegeben und der „Preßparagraph“ fallen gelassen sei. Der Professor des Bezirksamtmanns, der den Verhandlungen beiwohnte und die Protokollsführung übernommen hatte, mußte später zugeben, daß er beim Verlesen den omissiven Preßparagraphen übersehen habe. Ein Duplikat des Protokolls wurde nicht sofort angefertigt. Wenns fand eine Versammlung der Streikenden statt; diese beschloß aus Gründen des Resultats der Verhandlungen, die Arbeit am nächsten Montag wieder aufzunehmen. Unter zweiter Vorsitzender reiste am anderen Tage wieder in die Heimat, da nach den Verhandlungen und dem Versammlungsbeschuß er annehmen mußte, die Sache sei beigelegt. Nachträglich haben jedoch ohne Wissen unserer Zentralleitung erneut Verhandlungen stattgefunden und da ist das Protokoll in seinen wesentlichen Teilen zugunsten des Unternehmers abgeändert worden. Die Firma hat sich also an die ersten Abmachungen nicht gehalten und hat den Arbeiterausschuk zu bewegen getrachtet, das abgeänderte Protokoll zu unterschreiben. Aber auch dieses Protokoll unterlag nach seinem letzten Paragraphen der Genehmigung des Centralvorstandes. Dieser bekam von dem geänderten Protokoll erst einige Wochen später Kenntnis und hat sofort seine Zustimmung verweigert. Nun behauptet die Firma, der Verband sei vertragstrügerisch geworden. Tatsächlich hat die Firma das Votum der Zentralleitung gar nicht abgewartet. Sie wäre dazu um so eher verpflichtet gewesen, als sie mit unserem zweiten Vorsitzenden Vergleichsbedingungen abgeschlossen hat, die ganz anders als die umgedrehten lauteten. Auf welcher Seite ein Vertragsbruch liegt, ist nach dieser wahrheitsgetreuen Darstellung nicht schwer zu entscheiden. Allerdings hätte das zweite Protokoll nicht unterblieben werden dürfen. Aber es mag als Entschuldigung gelten können die ungemein schwierige Position der Streikenden, Unternehmer und Amtmann und sogar Kreise, die der christlichen Arbeiterschaft nahestehen, arbeiteten den kämpfenden Problemen entgegen. Für dem Betriebe standen sogar noch mehrere sozialdemokratisch organisierte Arbeiter, die in dem Geschäft Arbeitswilligendienst tun durften, weil sie ihre Organisationszugehörigkeit gegenüber dem Direktor verleugneten. Durch dieses und durch die lange Dauer des Kampfes war die Stimmung der Streikenden um mehrere Grad gesunken. Dazu war ein großer Transport Arbeitswilliger unterwegs. Der Kampf drohte also mit einer völligen Niederlage zu enden und mehr denn hundert Arbeiter hätten auf der Straße gelegen.

Leider das Verhalten der Firma enthalten wir uns vorläufig jeder Meinungsäußerung. Es sei nur festgestellt: Es wurde in der ersten Vergleichsverhandlung beim Belesen der Bedingungen bei „Preßparagraph“ nicht erwähnt, obwohl der selbe, wie später gesagt wurde, trotz unseres Protestes nicht fallen gelassen war. Darauf war unser Vertreter — ob willentlich oder ohne Absicht soll nicht untersucht werden — irre geführt. Die Firma ändert nachträglich einen Vertrag mit Hilfe des Ausdrusses, obwohl sie mit unserem offiziellen Verbandsvertreter die Bedingungen bereits abgeschlossen hatte. Sie veröffentlicht die Verhandlungen in der Presse, ohne den wahren Sachverhalt mitzuteilen. Sie bestätigt und beschuldigt uns des Vertragsbruchs, obwohl sie das Votum des Centralvorstandes noch gar nicht abgewartet hatte. Sie beruft sich dabei in der Presse auf das Protokoll vom 13. Oktober, obwohl das Protokoll dieses Datums nachträglich von der Firma zu ihren Gunsten geändert wurde. Nach diesen Leistungen braucht man über die Wahlberechtigung der Fabrikdirektion nichts mehr zu sagen. Wer das sei noch erklärt, daß in unserer langjährigen Erfahrung uns ein solches Verhalten noch von keiner Firma vorgekommen ist.

Man beachte hiernoch auch das Verhalten der sozialdemokratischen Presse. Wir wissen, daß auch durch diese Darstellung der Gege von dieser Seite kein Einhalt getan wird. Den Gegner sturpslos herunterzuziehen, ist deren Metier. Über wir streiken solchen Leuten das Recht ab und die Fähigkeit, über einen freilichen Verband und seinen Beamten ein Urteil zu sprechen, die freikende Mitglieder nach der Armenverwaltung zu rütteln, die einen „Provisionsreisenden“ Schäfer, einen Klein-Voll, der sich der Firma Du Mont gegenüber vertraglich verpflichtete, gegen eine Vergütung von 25 % monatlich, nichts mehr gegen sie zu unternehmen, und Verbände in ihren Reihen dulden, die sich ihren Arbeitervertretung geriglich begegnigen lassen müssen.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Gleicher Prof. Utzenhof ist in Essen-Ruhr. Sein Abdruck für 1907/08 ergab nach Angabe der Abholerhänger, die sich für die Liegenschaften auf 16 528 648 ₣ stellen, einen Betriebsüberschuss der sämtlichen Werk der Firma von 28 572 678 ₣ (im Vorjahr 34 302 342 ₣), wozu noch Rück 2 141 608 verzeichnete Einnahmen und 100 882 ₣ Vortrag kommen. Außerdem erzielten Gewerken und Dienstleistern 3 368 306 ₣, Wohngeldausgaben 5 032 029 ₣ und Räumen zusammen Wert 12 019 116 ₣. Als Vermögen verbleiben somit 18 589 052 ₣. Hierzu ist der Betriebsgewinn um rund 5 930 000 ₣ und der Bruttogehalts um rund 6 454 000 ₣ hinter dem vorjährigen zurückgeblieben. Die Dividende erhöht sich infolgedessen von 10 Prozent auf 8 Prozent und ergibt somit bei 180 Millionen Mark Aktienkapital 14 400 000 ₣. Somit erhält die Rücklage 5 Prozent gleich 924 409 ₣, die Sonderrücklage 1 000 000 ₣, die Gewerken-Berichtigungsreserve als außerordentliche Zuwendung 500 000 ₣. Da mit neuer Rücklage 1 554 463 ₣ (100 882 ₣) verringert werden sollen, werden die Gewinnanteile des Aufgabes um um 210 000 ₣ fallen.

Der Aufgabe als Nebenehre. Das der übermäßige Haushalt die Gewinnreserve vermindert wird von keiner Seite bestritten. Geradezu erstaunend aber sind die Zahlen, die der Professor hat. Die Firma über seine Selbststellungen in Basel in Kürze nichts zu hören. Von 100 Tausendern der Blauer gepflogen unter Mitwirkung des Alkoholismus in den Jahren 1892—1906 im Alter von 30—40 Jahren 11,5, im Alter von 40—50 Jahren 18,1, von 50—60 Jahren 14,21, im Durchschnitt

von allen Männern im Alter von 20—80 Jahren 10,5. Sicher neunte bis zehnte Mann stirbt also in Basel als Trinker! Hinter gibt im weiteren nun einen Überblick, wie die Trunksucht im speziellen bei den verschiedenen Krankheiten beteiligt ist. Bei den Todesfällen durch Krankheiten der Verdauungsorgane wird bei 20 von 100 im Alter von 30—40 Jahren Verstorbenen, bei 43 im Alter von 40—50 und bei 39 im Alter von 50—60 Jahren Verstorbenen Alkoholismus als mitwirkende Todesursache angegeben. Eine nähere Betrachtung zeigt ferner, daß der Vorranganteil an dieser außerordentlichen Beteiligung der Trunksucht der Alkoholose zufällt. Von 100 an Leberzirrhose verstorbenen Männern waren 30—40jährige alle, 40—50jährige 91, im Alter von 50—60 Jahren 85 und im Alter von 60—70 Jahren 55 Trinker! Die Entwicklung des Alkoholismus bei der Mortalität durch Selbstmord ist recht hoch. 18 Prozent bei 30—40jährigen, 26 Prozent bei 40—50jährigen, 13 Prozent, 19 Prozent, 27 Prozent in den drei Decennien von 50—80 Jahren. „Grauenhaft erscheinen“, schließt Hinter seinen Aufsatz, „diese Verheerungen durch den Alkoholismus in den besten Maines Jahren. Von den Männern im Alter von 40—50 Jahren sind fast ein Fünftel aller Verstorbenen Trinker. Weitnahm die Hälfte der an Krankheiten der Verdauungsorgane, ein Drittel der an Lungenerkrankung Verstorbenen, ein Viertel der Selbstmörder, der an Nierenentzündung und an Krankheiten der Circulationsorgane Verstorbenen werden als Alkoholiker angegeben!“

Den christlichen Gewerkschaften insgesamt und der einzelnen, dem Gesamtverband angehörenden Verbänden ist besonders dar, sowie deren Kämpfe um ihren Platz in der deutschen Arbeiterbewegung. Auch diese Schrift orientiert über alles knapp, ohne jegliches Detail und ist bisher die einzige auf dem bezeichneten Gebiet erschienene. Sie wird seit einigen Jahren die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften — durch deren Vertrauensleute bezogen — um 75 Pf. verabschafft. — Endlich ist wichtig zur Orientierung über die allgemeine christliche nationale Arbeiterbewegung der

Bericht über die Verhandlungen des zweiten deutschen Arbeiterkongresses. Abgehalten vom 20. bis 22. Oktober 1907 in Berlin. In dieser Schrift ist außerordentlich wertvolles Material in vier wichtigen Vorträgen niedergelegt über die allgemeine sozialpolitische Lage, wobei die Zusammenhänge und die Bedeutung der gesetzlichen Sozialreform wirkungsvoll dargelegt sind, die Sonntagsruhe, Arbeiterschutz in der schweren Industrie und gewerblichen Arbeiterfrage und Arbeiterklasseorganisation. Das in den Vorträgen gebotene Maßnahmenpaket bildet für Redner und Gewerkschaftsfunktionäre Maßnahmenpunkte in großer Zahl für Versammlungen und die Agitation. Die 62 Seiten umfassende Schrift wird zu 50 Pf. an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften abgegeben!

Es ergeht hierdurch an unsere Ortsgruppenvorstände, Beauftragte und sonstige Funktionäre des Verbandes das dringende Erwachen, sowohl den kommenden Winter wie die gegenwärtige Krisenzeit eifrig auszunutzen für die Vertiefung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsidee, wo zu insbesondere der systematische Vertrieb der aufgeführten Schriften wertvolle Dienste leisten wird.

Sämtliche Bücher bzw. Broschüren sind von der Buchhandlung des Gesamtverbandes in Köln a. Rh., Palustr. 14, zu beziehen.

Bekanntmachungen.

Die Verwaltungsstellen klassierer werden erneut die Berechnung bis spätestens 1. Januar fertigzustellen und einzustellen.

Sämtliche noch vorhandenen Beitragssachen, außer Eintritts-, Arbeitslosen-, Lotarfonds- und Agitationssachen sind bis zum 15. Januar einzubringen, da dieselben mit diesem Tage ihre Gültigkeit verlieren. Rückständige Beiträge werden 1909 durch neue Beitragssachen quittiert.

Bevor die alten Beitragssachen nicht zurückgefunden sind, werden neue nicht versandt.

Die Bezirksleiter werden erneut, in den Verwaltungsstellen dahin zu wirken, daß obige Bestimmungen zur Durchführung gelangen.

Der Hauptvorstand: J. L.: Fr. Jacobi, Hauptklassierer.

Achtung! Bezirk Frankfurt a. M.

Den Vorständen und Vertrauensmännern wird hierdurch bekanntgegeben, daß in mehreren Gebieten des genannten Bezirks in nachgenannten Orten Konferenzen stattfinden, wo zu jeder Zahlstelle, auch Winterzahlstelle, mindestens einen Delegierten zu entsenden hat:

In Marburg Sonntag, den 27. Dezember, nachmittags 1 Uhr, im Verbandslokal, Weidenhausen Nr. 33; die Zahlstellen des Fr. Kirchhain sind ebenfalls eingeladen.

In Waldenbuch, für den Oberwesterwaldbezirk, Sonntag, den 27. Dezember, im Lokale des Herrn Georg Wiss. Linz, mittags 12 Uhr.

In Lübeck Sonntag, den 3. Januar, mittags 1 Uhr, im Gesellenhaus.

In Montabaur, für den Unterwesterwaldbezirk, Sonntag, den 10. Januar, mittags 1 Uhr, bei dem Gastwirt Herrn Gerhard, Bahnhofstraße.

Tagesordnung für alle Konferenzen:

1. Bericht des Bezirksvorstandes und der Delegierten über den Stand unserer Bewegung.
2. Versprechen über unsere Winteragitation.
3. Verschiedenes.

In Montabaur findet gleichzeitig die Generalversammlung der Verwaltungsstelle des Unterwesterwaldes nebst Jahres- und Kassenbericht, sowie Vorstandswahl statt.

Collegen sind als Gäste, wenn sich dieselben durch ihr Mitgliedsbuch legitimieren, gern zugelassen, besonders diejenigen, welche in Rheinland und Westfalen gearbeitet haben. Kosten für die Delegierten tragen die Zahlstellen. Jeder Delegierte hat einen schriftlichen Bericht seiner Zahlstelle bis spätestens am Tage der Konferenz, 1. über die Zahl der Mitglieder, 2. Zahl der unorganisierten oder anders organisierten Berufskollegen, die im Zahlstellengebiet sich befinden, abzugeben. Letztere sind mit Namen und Wohnung anzuführen.

Zugereiste Collegen haben sich sofort bei dem Zahlstellenvorstand anzumelden. Besteht keine Zahlstelle am Orte, so wählen die Collegen sofort einen Vertrauensmann, dessen Adresse umgehend spätestens bis zum 22. Dezember, der Bezirksleitung zu melden ist.

Die Bezirksleitung.

J. L.: Fr. Hesse, Frankfurt a. M., Schnurgasse 73 II. NB. Wer anlässlich der Konferenzen Mittagessen wünscht, muß sich schriftlich, spätestens drei Tage vorher, bei den betreffenden Gastwirten anmelden.

Veranstaltungskalender.

Deutsch-Masselwitz, O.-S. Sonntag, den 27. Dez., nachmittags 4 Uhr, Generalversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Herrbetafel.

Gestorben ist unser treuer und eifriger Kollege Georg Mayer an Lungenerkrankung im Alter von 56 Jahren. Zahlstelle Steppach b. Augsburg.

Am 29. November starb unser treuer Kollege Bernardus Breitenstein im Alter von 25 Jahren.

Zahlstelle Mülheim, Ruhr (Maurer).

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Friedersdorf b. Ober-Glogau.

Am Sonnabend, den 26. Dezember (2. Feiertag), nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale B. Atlas eine große Bauhandwerkerversammlung statt.

Wichtige Tagesordnung. Alle Mitglieder müssen erscheinen und Unorganisierte mitbringen.

Der Vorstand.

Rottenburg in Niederbayern.

Sonntag, den 27. Dezember, Generalversammlung bei Walzinger. Tagesordnung: Vorstandswahl.

Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. Mitgliedsbücher mitbringen.

Der Vorstand.